



### Überraschung aus Paris

sp - Kürzlich schrieben wir, man müsse sich auf einige Überraschungen aus Paris gefasst machen. Wir meinten damit das uns bekannte Bemühen de Gaulles, die alte und traditionelle französisch-polnische Freundschaft nicht aufs Spiel zu setzen und darüber hinaus auch den Draht zwischen Paris und Moskau nicht ganz abreißen zu lassen.

Nun, die Überraschung ist jetzt da. Der französische Staatspräsident de Gaulle hat vor aller Welt den Deutschen empfohlen, die Wiedervereinigung in den jetzigen Grenzen anzustreben und die Gebiete jenseits der Oder-Neisse-Linie abzuschreiben.

In Bonn ist man "befreundet". Ob aber diese zur Schau getragene "Befreundung" wirklich echt ist, wagen wir zu bezweifeln. Nach dem letzten Treffen zwischen Adenauer und de Gaulle erklärte der greise Bundeskanzler jedem, der es hören oder nicht hören wollte, "dat is doch einer ordentlichen Kann, dieser de Jolie. Auf den kann man sich verlassen. Wissen Se, mit dem bin ich jetzt richtig befreundet" ...

Wenn die Sache mit der Freundschaft stimmt - was in diesem Fall aus Gründen abendländischer Artverwandtschaft durchaus möglich sein könnte - dann ist die Erklärung des französischen Staatspräsidenten vor der Pressekonferenz am Mittwoch Nachmittag eine Angelegenheit de Gaulle-Adenauer. Sie wird uns noch zu schaffen machen, wie so manches, was in letzter Zeit zwischen de Gaulle und Adenauer besprochen und ausgehandelt wurde. Jederfalls war man am Mittwoch Abend in französischen Kreisen erstaunt, von deutscher Seite zu hören, dass die Erklärung de Gaulles irgend jemanden in Bonn überrascht oder befremdet habe. Man liess sogar durchblicken, die ganze Angelegenheit habe bereits bei den letzten Gespräch unter vier Augen zwischen de Gaulle und Adenauer eine Rolle gespielt.

Zur Sache: Es ist sehr eigenartig, dass ein ausländischer Staatsmann, gewissermassen mit der Linken Hand, im Vorfeld von internationalen Verhandlungen über den Abschluss eines Friedensvertrages mit Deutschland ein so wichtiges Problem auf offenem Markt austrägt. Dies umso mehr, als es sich bei diesem Staatsmann um den Präsidenten eines Landes handelt, das durch zahlreiche Verträge freundschaftlich mit der Bundesrepublik verbunden ist. Die Frage der Oder-Neisse-Grenze ist nach allgemein gültiger deutscher Auffassung - oder irren wir uns? - im Rahmen kommender Friedensvertragsverhandlungen anzusprechen und in einen Friedensvertrag zu regeln, für den eine gesamtdeutsche Regierung verantwortlich zu zeichnen hat.

### Nützliche Gespräche in Belgrad

Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Harry Schleicher

"Noch nirgendwo sind wir so schnell zu einem so offenen Gedankenaustausch gelangt wie in Belgrad". Diese Feststellung des sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten Fritz Erlar, die nach einem 24-stündigen Aufenthalt in der jugoslawischen Landeshauptstadt abgegeben wurde, charakterisiert am treffendsten die Atmosphäre, die die vierköpfige Parlamentarier-Delegation der SPD-Fraktion bei ihrem Besuch in Belgrad vorgefunden hat. Neben Fritz Erlar waren Kurt Matlack, Ludwig Metzger und Ernst Paul am 24. März zu einem Informationsbesuch in Belgrad eingetroffen. Damit wurde die Liste von bereits besuchten Ländern, wie USA, Kanada, Indien, einige skandinavische Länder, Österreich und Sowjetunion um eine weitere Station vergrößert.

Wenngleich es sich bei dem Belgrad-Besuch, wie auch schon früher, um eine Informationsreise handelte, die lediglich dem Zwecke dient, von den maßgeblichen jugoslawischen Vertretern des politischen Lebens informiert zu werden und sie vom Standpunkt der SPD zu unterrichten, dürfte sie als äußerst gelungen angesehen werden. Bisher stellten sich der stellvertretende Ministerpräsident Kardelj, der Außenminister Popovic, der Vorsitzende des Ausschusses für internationale Fragen des sozialistischen Bundes Vlahovic, der Vorsitzende des Parlamentarier-Ausschusses Dr. Bebler und der ehemalige jugoslawische Botschafter in Bonn Ivekovic zur Verfügung.

Europäische Sicherheit, deutsche Wiedervereinigung und Berlin-Frage waren der Mittelpunkt der Gespräche. Nicht zuletzt deswegen, weil der jüngst vorgelegte Deutschland-Plan der SPD alle diese miteinander integrierenden Fragen in ihrer gegenseitigen Verknüpfung behandelt; andererseits, weil infolge der zeitlich vorgesehenen Stufenlösung kein allzu "enges Konzept" ein Verhandlungsjunktum umfaßt, in dem man sich nicht bewegen könnte. Der Plan wurde von ju-

goslawischer Seite nach dem ersten Studium als "realistisch und dynamisch" bewertet. Darüberhinaus einigte man sich in der Einschätzung, daß der SPD-Plan die einzigen in letzter Zeit entwickelten realen Vorstellungen enthält, die gleichzeitig zur Wiederherstellung der deutschen Einheit und Sicherung ihrer staatlichen Unabhängigkeit führen könnten.

Abweichende Auffassungen ergeben sich in der Beurteilung, welche Rolle der DDR im gegenwärtigen Stadium zufällt. Obwohl Jugoslawien die Mitverantwortung der vier Großmächte für die Lösung der deutschen Frage nicht ablehnt, hat es gemäß seiner in Anerkennung Pankows eingekommener Haltung stets auch die Eigenverantwortung und Eigeninitiative der Deutschen betont. Daraus folgert, daß Belgrad gewisse Kontakte zwischen der Bundesrepublik und der DDR im gegenwärtigen Zeitpunkt für nützlich ansieht. Die SPD-Delegation legte ihre gegenteiligen Ansichten dar und betonte, daß unmittelbare Kontakte zwischen der Bundesrepublik und der DDR im gegenwärtigen Zeitpunkt die Lösung der deutschen Frage erschweren könnten.

Es wurde außerdem unterstrichen, daß die jugoslawischen Gesprächspartner keineswegs den Versuch machten, der SPD-Parlamentarier-Delegation eine "sowjetische Politik zu verkaufen".

In einem Lande, das einmal Mitglied der "kommunistischen Völkerfamilie" war, wiegen Erfahrungen über den Umgang mit dem Ostblock doppelt schwer, und diese lassen sich für den deutschen Hausgebrauch in der folgenden jugoslawischen Überzeugung zusammenfassen:

Man brauche keine Angst vor Verhandlungen mit Moskau zu haben. Schließlich bedeute der Wille zu Verhandlungen nicht bereits eine präjudizierte Bereitschaft zu einseitigen Konzessionen.

Dies sollte kein Ratschlag sein, obwohl er aus berufenem Munde kam. Aber Ratschläge zu geben oder zu empfangen, war ja nicht die Absicht dieser Informationsreise. Sie hat jedoch wesentlich dazu beigetragen, die Einsicht in die Vorstellungen und Motive der Politik der Gesprächspartner zu vertiefen.

## Freie Wahlen - Es begann mit Hintertüren

Von Ulrich Dübber

"Verrat" an der Forderung "Wiedervereinigung durch freie Wahlen" - das ist es, was die Sprecher der CDU in diesen Tagen den Sozialdemokraten vorzuwerfen nicht müde werden. Weil der sozialdemokratische Deutschlandplan - angesichts der Scherben der Bonner Wiedervereinigungspolitik - in seinen ersten Phasen den Regierungen beider deutscher Staatsteile ihre Funktionen beläßt, wird die SPD beschuldigt, das Spiel der Kommunisten zu betreiben.

Es gab eine Zeit, in der konnte man sich mit Recht eine Zustimmung auch der Sowjets zu freien Wahlen vorstellen und als Ergebnis eines solchen gesamtdeutschen Wählerentscheids eine Erlösung der 17 Millionen von der Diktatur Ulbrichts erwarten. Das war, bevor in Bonn und Pankow der blinde Ehrgeiz waltete, die beiden Staatsfragmente unerschütterlich in den Paktsystemen der zuständigen Besatzungsmächte zu verankern.

Aber schon der erste Gedanke, den die Regierung Adenauer zum Verfahren einer Wiedervereinigung verlauten ließ, hatte eine Hintertür für sie selbst.

Denn mitnichten hatte die Bundesregierung die Absicht, die SED auf dem Wege über freie Wahlen aus den Positionen zogen zu lassen, von der aus sie das Volk unterdrückte. Am 22. März 1950 schlug das Bundeskabinett vor:

1. Nach Erlass eines Wahlgesetzes durch die vier Besatzungsmächte werden gesamtdeutsche Wahlen zu einer verfassungsgebenden Nationalversammlung ausgeschrieben.
2. Die Wahlen zur Nationalversammlung stehen in allen Teilen Deutschlands unter der Kontrolle von Kommissionen, die sich aus Vertretern der vier Besatzungsmächte oder aus Vertretern der Vereinten Nationen zusammensetzen.
3. Einzigste Aufgabe der Nationalversammlung ist die Ausarbeitung einer deutschen Verfassung. Der Verfassungsentwurf wird dem deutschen Volke zur Bestätigung vorgelegt.  
(Unterstreichung durch Red.)

Die SPD stellte damals die Forderung auf, der Nationalversammlung die Kompetenzen zu geben, die auch die Nationalversammlung von Weimar hatte.

Es hätte sich also von Bonn (und damit zwangsläufig immer auch von Pankow aus in Ruhe abwarten lassen, welchen Lauf die Verfassungsberatungen genommen hätten, ohne dass in diesem, auf viele Monate zu veranschlagenden Zeitraum der Machtbereich der beiden Regierungen geschmälert worden wäre. Im Gegenteil, es wäre bestens Gelegenheit zur Schaffung vollendeter Tatsachen gewesen, hätten sich die Beratungen in der Konstituante in einer Weise entwickelt, die nicht den Vorstellungen der beiden Regierungen entsprochen hätte. Und wenn alles schief gegangen wäre, so hätte man immer noch zur Ablehnung der Verfassung im Volksentscheid aufrufen können. "Was Du hast, das weißt

Du" und "Sicher ist Sicher" - schon 1950 !

Ein halbes Jahr nach Errichtung der beiden Regierungen auf deutschem Boden waren die Verhältnisse noch nicht so verfestigt, daß nur mit ungeheurer Vorsicht an die Zusammenfügung der getrennten Teile gedacht werden konnte. Das Vorbild von Weimar, Nationalversammlung mit verfassunggebender und regierungsbildender Gewalt, war der einzige anständige Weg.

Die Bundesregierung aber wollte ihn nicht beschreiten, als vielleicht noch Möglichkeiten da waren, für ihn die Zustimmung aller vier Mächte zu bekommen. Heute macht dieselbe Regierung denen Vorwürfe, die sich bemühen, aus einer fast zehnjährigen Politik der Versäumnisse das Wenige zu retten, was vielleicht noch zu retten ist. Freie Wahlen am Anfang, die beste Form der Wiedervereinigung, sind verspielt. Die Bundesregierung hat kein Recht, die Lehre vor den freien Wahlen ex cathedra auszulegen. Immer wenn sie nicht zu haben waren, hat sie sie gefordert und wenn sie in den Bereich der Wahrscheinlichkeit rückten, hat sie Hintertüren eingebaut.

+ + +

"Konzertanter Einsatz"

sp - Irgendjemand in der Bundeswehr-Führung hat einen guten und begrüßenswerten Gedanken gehabt: Die Musikkapellen der Bundeswehr werden in den nächsten Wochen in Süddeutschland mehrere Konzerte geben, deren Erträge der Friedland-Hilfe zugute kommen sollen. Im vorigen Jahre, als die Bundeswehr-Musiker in Norddeutschland aufspielten, konnten sie für denselben guten Zweck 18.500 DM abliefern. Auch wenn es diesmal nicht so viele D-Mark sein sollten: man wird dem Gedanken und der Tat herzlichen Beifall zollen.

Was uns aber bei dieser guten Sache betrübt, ist die auf den ersten Blick vielleicht geringfügige Tatsache, daß ein anderer Irgendjemand in der Bundeswehr-Führung den zweifellos sehr schlechten Einfall gehabt hat, dieser Verwendung der Musikkorps die dienstliche Nullachtstufzehr-Bezeichnung "Einsatz" zu geben und diesen "Einsatz" zudem noch als "konzertant" abzustampeln. Zunächst mag diese Bezeichnung vielleicht nur lächerlich klingen und zum Lachen reizen, diese nicht nur sprachliche Mißgeburt vom "Konzertanten Einsatz". Aber dann wird jedem Menschen mit gesundem Gefühl klar werden, daß sich in und hinter diesem "konzertanten Einsatz" eine Geisteshaltung verbirgt, die allein deshalb, weil sie noch und wieder lebendig ist, zutiefst erschrecken muß. Vielleicht, und auch das wäre gerätlich loblich, hat der Erfinder des "konzertanten Einsatzes" wieder einmal "an nichts gedacht"; aber auch dann und gerade dann sollte es eine ernste Mahnung sein, dem "Führer in uns" endlich überall den Garab zu machen.

+ + +

- 6 -

Ein großes Programm mit einem großen Kopf

W.H. - Niedersachsens Wahlkampf, den die Sozialdemokraten nach den Worten ihres Spitzenkandidaten, Innenminister Friedrich Wilhelm Kopf, zu einer intensiven Aufklärungsarbeit im Interesse der Bevölkerung nutzen wollen, ist bereits in seinem ersten Stadium wieder vergiftet worden. Der Starredner der CDU, Bundesverteidigungsminister Franz Josef Strauß, nennt seine Gegner "Knechte" und "arme-Irre", und wer ihm widerspricht, wird abgekanzelt. Strauß setzt das Redeprogramm Adenauers fort, der sich in diesem Wahlkampf nicht zu strapazieren gedenkt. Fürchten die Männer der niedersächsischen CDU ein Debakel wie in Hessen, wo der Kanzler jede Versammlung zum Anlaß nahm, seine Kontrahenten in der Bundesrepublik zu verunglimpfen?

Erstmalig seit vielen Jahren muß die CDU diese Auseinandersetzung um einen Landtag in Hannover allein bestreiten. Die Langjährigen Freunde in der DP unter Hallwege haben sich zurückgezogen, um nicht von den freundschaftlichen Banden erwürgt zu werden. Der derzeitige Ministerpräsident, dessen Karriere von der CDU unterstützt wurde, geht scharf ins Gericht mit den Helfern von vorgestern. Er grüßt an, erzählt intime Geschichten aus dem Bonner Regierungslager und hat dabei seinen ehemaligen Ministerkollegen Schröder bescheinigt, er bastle an einer Organisation, die man eines Tages vielleicht mit der GESTAPO vergleichen könnte. Hallwege will diese Wahl zu einem Prüfstein für seine Partei machen. Er möchte um jeden Preis beweisen, daß die EP eigenständig genug ist, ihren politischen Weg allein zu gehen. Ob er aber über höchstens zwölf Prozent am 19. April hinauskommt, ist fraglich.

Abstiegssorgen haben die FDP und DRP. Beide Parteien schlagen einen sehr harten Rechtskurs ein und versprechen sich davon soviel Stimmen, daß sie über die Fünf-Prozent-Hürde hinwegspringen. Inwieweit dies gelingen wird, ist heute noch nicht zu sagen. Allgemein rechnen die Beobachter damit, daß die DRP aus dem Landtag ausscheidet, ein Teil ihrer Wähler aber ins Lager der zwielichtigen FDP von Niedersachsen hinüberwechselt. Auf diese Weise könnten die Freien Demokraten noch einmal davonkommen.

26. März 1959

Der BHE macht sich zwar auch Sorgen, aber er glaubt fest an seine weitere Existenz. Sicher erscheint, daß er etwas an Stimmen verlieren wird, jedoch mehr als fünf Prozent erhält. Alles deutet daraufhin, daß die Sozialdemokraten ihren Stimmenanteil aus dem Jahre 1955 steigern werden. Der Name Kopf und der seiner Partei ist doch zu sehr im Lande verankert und verbunden mit den Aufbauleistungen vom ersten Tage an nach dem Kriege. Auch das nun veröffentlichte Programm für die Arbeit im neuen Landtag macht der Bevölkerung deutlich, daß sie es mit einer sachlich und konkret arbeitenden Partei zu tun hat.

Die Sozialdemokraten kündigen an, daß unter ihnen beispielsweise zwei Ministerien sofort abgebaut werden sollen. Alle unnötigen Staatsausgaben sollen fallen. Auf der anderen Seite sieht das Programm großzügige Verbesserungen auf dem Lande vor - Stabilisierung der Landwirtschaft, die weitere methodische Errichtung von Dorfgemeinschaftshäusern, in denen neben der Volksbücherei und der Fernsehstube auch die moderne Wäscherei für die Hausfrauen installiert werden soll. Gebiete wie das Emsland, der Zonengrenzraum und Ostfriesland betrachten die Sozialdemokraten als Schwerpunkte für den weiteren Aufbau. Industrialisierung soll Niedersachsen stabiler, krisenfester machen. Innenminister Kopf sagte es immer wieder: "Gerade heute geht es um die Sicherung der Arbeitsplätze!"

Hinrich Kopf verfolgt dabei noch die Konsolidierung von sogenannten "Wirtschaftsräumen". Er will erreichen, daß Wohnsiedlungen, Verkehrsverbindungen und Arbeitsplätze so konzentriert werden, daß die Bevölkerung nicht neben ihrer Arbeitszeit weitere Stunden verliert für An- und Heimmarsch. Im Landkreis Hannover experimentiert der agile Landespolitiker anhand von Plänen dieses Programms.

Im gleichen Atemzug soll auch der Straßenbau und die Beseitigung der Wohnungsnot in das Aufgabenbereich der neuen Regierung einbezogen werden.

Die politischen Widersacher des alterfahrener Ministerpräsidenten Kopf versuchen alles, in diesen Wochen den Spitzenkandidaten der SPD auf das sumpfige Feld der Polemik zu ziehen. Aber Kopf bleibt hart: "Das Keifer überlasse ich denen, die nichts anderes zu sagen haben!"



Ein offener Brief an den Familienminister

Dreißig Lehrgangs-Teilnehmerinnen eines vom SPD-Frauen-Zentralbüro veranstalteten Lehrgangs sandten folgender offenen Brief an den Familienminister Würmeling, in dem sie ihn bitten, nicht zuzulassen, daß der Hausarbeitstag in Nordrhein-Westfalen wieder abgeschafft wird.

Sehr geehrter Herr Minister Würmeling!

Wir sind einig mit Ihnen darüber, daß die Familie wieder ein echtes Heim, eine Burg der Geborgenheit für unsere Kinder werden muß. Aber was nützt es, wenn man nur bereit ist, davon zu reden und nicht auch praktisch etwas dafür zu tun?

Die große Zahl unserer Frauen und Mütter, die auf Erwerbstätigkeit angewiesen sind, versucht mit größter Anstrengung und oft unter Aufopferung der Gesundheit (wie die Krankenstatistiken zeigen), die doppelten Aufgaben in Beruf und Familie zu erfüllen. Statt ihnen zu helfen, will man ihnen in Nordrhein-Westfalen nun auch noch den so mühsam erreichten "Hausarbeitstag" wieder nehmen.

Man sagt, dieser Hausarbeitstag sei im Zuge der Arbeitszeitverkürzung ja nicht mehr notwendig. Aber die 40- oder 45-Stunden-Woche ist für viele Berufstätige noch gar nicht Wirklichkeit. Und selbst wenn sie verwirklicht wäre - welch seltsames Argument!

Der Mensch soll weniger arbeiten; er soll freier, würdiger, besser leben. Der Mensch soll die 40-Stunden-Woche haben. Der Mensch - ist die berufstätige Frau nicht auch ein "Mensch"? Wenn alle übrigen Menschen nur noch 45 oder 40 Stunden in der Woche arbeiten, so schlägt man der Frau - sobald sie den aus der Doppelbelastung resultierenden Hausarbeitstag verliert - die Stunden wieder drauf! Gerade ihr, die Stütze und Halt unserer Familie, dürfen wir hier nicht nur schöne Worte sprechen, sondern wir müssen beweisen, daß wir uns für die Mütter besonders einsetzen, wo sie unseres Einsatzes bedarf.

Wir Sozialdemokratinnen, Herr Minister, finden die Argumentationen widersinnig, mit denen man den Hausfrauen ihren Hausarbeitstag streitig macht - sie sind rückschrittlich und familienfeindlich. Wir bitten Sie deshalb - wir mahnen Sie, Herr Familienminister - wir fordern Sie auf: Setzen Sie sich mit der Kraft Ihrer Persönlichkeit und mit aller Macht, die Ihnen Ihr Amt verleiht, dafür ein, daß unseren berufstätigen Frauen und Müttern keine der wenigen bestehenden Rechte genommen werden; helfen Sie vielmehr diesen Frauen bei ihrer großen gesellschaftspolitischen Aufgabe: zu arbeiten und gleichzeitig unsere junge Generation großzuziehen, ja, sie für den Lebenskampf stark zu machen!

Verantwortlich: Günter Markscheffel